

In Schulhaus und Feuerwehrlokal soll neu gewohnt werden dürfen

Aus drei heute öffentlichen Zonen in der Gemeinde Schwyz sollen Wohnzonen werden. Zudem sollen künftig 20 Prozent des Gewinns von Einzonungen an die öffentliche Hand fließen.



Links: Im ehemaligen Schulhaus in Aufiberg soll künftig gewohnt werden dürfen. Möglich wäre auch, das Gebäude abzubauen, um neuen Wohnraum zu erstellen. Dies gilt auch für das ehemalige Feuerwehrlokal Oberschönenbuch (Bild rechts), auch das Feuerwehrlokal soll umgezogen werden. Bilder: Andreas Seeholzer

Andreas Seeholzer

In der Gemeinde Schwyz sollen drei Zonen mit öffentlicher Nutzung in Wohnzonen überführt werden. Es geht dabei um das frühere Schulhaus Aufiberg, das vormalige Feuerwehrlokal Oberschönenbuch und um einen

Teil des Friedhofsgebiets. Die drei Areale grenzen bereits an Wohnzonen.

Was auf ihnen nach der Umzonung gebaut wird, ist gemäss Mitteilung der Gemeinde Schwyz noch offen. Bis Mitte Oktober dauert das Informations- und Mitwirkungsverfahren, in dessen Rahmen Einwendungen und Vorschlä-

ge gemacht werden können. Entscheiden über die Umzonungen werden schliesslich die Stimmberechtigten.

Der Gemeinderat sei nach einer Analyse zum Schluss gekommen, dass sich weder für das frühere Schulhaus noch für das vormalige Feuerwehrlokal langfristig eine öffentliche Nutzung ab-

20 Prozent als Abgabe bei Ein- Um- und Aufzonungen

Die Gemeinde Schwyz führt das Informations- und Mitwirkungsverfahren zur Einführung einer Mehrwertabgabe für Ein-, Um- und Aufzonungen durch. Die Erhebung der Abgabe setzt eine Anpassung des Baureglements voraus. Grundlage für die Änderung im Baureglement ist das kantonale Planungs- und Baugesetz, welches 2020 revidiert wurde. Bei Einzonungen sollen künftig 20 Prozent des Mehrwerts zu entrichten sein. Die Mehrwertabgabe steht zu einem Drittel dem Kanton und zu zwei Dritteln der Gemeinde zu.

Laut kantonalem Planungs- und Baugesetz dürfen die Abschöpfungen bei Um- oder Aufzonungen maximal 20 Prozent betragen: In der Gemeinde

Schwyz sind laut Vorschlag des Gemeinderats 20 Prozent als Abgabe geplant. Die Mehrwertabgabe von Um- oder Aufzonungen erhält die Gemeinde.

Der Mehrwert bemisst sich nach der Differenz zwischen den Verkehrswerten unmittelbar vor und nach der Nutzungsplanänderung. Er wird durch eine amtliche Verkehrswertschätzung bestimmt. Beträgt der Mehrwert bei einer Ein-, Um- oder Aufzonung weniger als 30 000 Franken, wird keine Abgabe erhoben.

Die Mehrwertabgabe ist zweckgebunden zu verwenden für Beiträge an Entschädigungen aus materieller Entschädigung, an Landumlegungen und an die Kosten raumplanerischer Massnahmen. (see)

zeichne. Für das Schulhaus Aufiberg ist eine Umzonung in die benachbarte dreigeschossige Wohnzone mit Gewerbeleichterung vorgesehen. Das ehemalige Feuerwehrlokal in Oberschönenbuch soll der ebenfalls angrenzenden zweigeschossigen Wohnzone zugewiesen werden.

In die zweigeschossige Wohnzone wechseln soll auch das Areal Friedhofstrasse Ost. Dieses gehöre zwar zur Friedhofsanlage, sei aber von einer Durchgangsstrasse von dieser getrennt. Weil es immer mehr Kremationen gebe, reichten die Flächen innerhalb der bestehenden Friedhofsanlage aus.

Wegen Corona-Massnahmen: Ender lanciert Kinderschutz-Initiative

Massnahmen-Skeptiker formieren sich und starten eine Initiative. Künftig sollen Eltern und Kinder die Hoheit haben, über Eingriffe zu entscheiden.



Josef Ender will mit einer Initiative das Volksschulgesetz anpassen. Bild: Archiv

Jürg Auf der Maur

Ein Komitee um den Ibächler Josef Ender lanciert – mitten im eigenen Wahlkampf für den Nationalrat – eine Initiative. Die Kinderschutz-Initiative hat zum Ziel, dass Eltern und Kinder künftig «eigenverantwortlich handeln können». Sie sollen selber über medizinische Massnahmen wie Impfungen entscheiden können.

Das Volksschulgesetz, so schlägt das Komitee vor, soll deshalb durch den folgenden Passus ergänzt werden: «Sämtliche medizinische und epidemiologische Massnahmen, insbesondere Untersuchungen, Testungen, Impfungen, das Tragen von Hygienemasken et cetera, dürfen nicht beworben und nur mit Zustimmung der Erziehungsberechtigten angeordnet oder vollzogen werden. Eine fehlende Zu-

stimmung darf zu keiner Benachteiligung des Kindes oder der Erziehungsberechtigten führen.» Das Initiativkomitee hoffe», schreibt Ender in einer Medienmitteilung, «dass die erforderlichen 2000 Unterschriften innerhalb kurzer Zeit gesammelt werden können».

«Unmenschliche Szenarien in Zukunft verhindern»

Die Absicht ist klar. «Wir alle erlebten unverhältnismässige und medizinisch sinnlose Corona-Zwangsmassnahmen», schreibt Massnahmen-Skeptiker Ender zu den Beweggründen. Ganz besonders problematisch sei die Zeit für Kinder und Jugendliche gewesen, «die nachweislich weder Gefahr liefen, schwer zu erkranken noch in sonst irgendeiner Weise Treiber der Pandemie waren».

Diese unsinnigen Massnahmen hätten das Vertrauen von Eltern und Kindern in die Schule «stark beeinträchtigt». Die Kinderschutz-Initiative soll «solch unmenschliche Szenarien in Zukunft unbedingt verhindern».

Noch diese Woche sollen die Unterschriftenbögen an alle Haushalte im Kanton Schwyz verschickt werden. Das Initiativkomitee bestehe aus sechs Mitgliedern. Darunter sind neben Ender gemäss eigenen Angaben Eltern, Grosseltern, ein Lehrer und ein Arzt, nämlich Manuel Albert, Wilen; Nadia Betschart, Illgau; Marco Da Silva, Küsnacht; Ruth Kündig, Freienbach; Micha Nussbauer, Rickenbach.

Kanton: Langfristige Lösungen gesucht

Lehrpersonenmangel bleibt eine Herausforderung.

Jürg Auf der Maur

«Es gibt keine kurzfristigen Lösungen gegen den Lehrpersonenmangel», dies hält die Schwyzer Regierung in ihrer Antwort auf eine Interpellation von SVP-Kantonsrat Ueli Kistler (Reichenburg) fest. Kistler wollte mit seinem Vorstoss Auskunft über den Stand verschiedener Bildungsthemen.

Von den knapp 17 000 Lernenden werden rund 118 mit verstärkten Massnahmen als integrierte Sonderschülerinnen und Sonderschüler in den Regelklassen unterrichtet. Gegenüber dem Vorjahr entspreche das einer Zunahme um zehn Prozent, heisst es dazu.

Personalmangel wie in anderen Berufen

Gleich geblieben sind die Antworten wie in früheren Berichten bezüglich

Lehrpersonenmangel. Um diesen zu beheben, seien langfristige Lösungen erforderlich. Es reiche nicht aus, einfach mehr Lehrpersonen einzustellen, wenn diese nicht ausreichend qualifiziert seien, wird festgehalten. Daher sei auch der Ausbildung der Lehrpersonen und deren professionellen Begleitung während der ersten Berufsjahre entsprechendes Gewicht beizumessen.

Die Gründe für den Mangel an Lehrpersonen sei «relativ kongruent» mit jenen des Arbeitskräftemangels. Der seit den 80er-Jahren praktizierte Integration «dürfte im Kontext des Lehrpersonalmangels – wenn überhaupt – nur eine marginale Rolle zugespielt werden», schreibt die Regierung, und widerspricht damit der Ansicht, dass das integrierte Schulmodell ein grosser Treiber bezüglich des Lehrpersonalmangels spiele respektive gespielt habe.

ANZEIGE

Wir halten die Schweiz zusammen.





Stände- und Nationalratswahlen

Othmar Reichmuth bisher

Dominik Blunsky

Franziska Föllmi-Heusi

Irene Huwyler Gwerder

Hanspeter Egli